



FRIEDRICH NAUMANN
FOUNDATION For Freedom.



POLICY PAPER

DIE GRENZÜBER- SCHREITENDE EINSCHRÄNKUNG DER FREIHEIT:

Transnationale Repression und der autoritäre
Angriff auf Menschenrechte in Europa

Dr. Marcus Michaelsen

ANALYSE

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org

/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

/FNFreiheit

/stiftungfuerdiefreiheit

Autor

Dr. Marcus MichaelSEN

Redaktion

Dr. Salim Amin
Politikberater für Menschenrechte und internationale Rechtsstaatlichkeit
Abteilung Globale Themen
Wissenschaft und politische Strategie
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

Januar 2025

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

ISBN

978-3-911204-09-5

Inhaltsverzeichnis

1. ZUSAMMENFASSUNG	4
2. EINLEITUNG	5
3. DER LANGE ARM DER DIKTATUR	6
4. TAKTIKEN TRANSNATIONALER REPRESSION	6
5. GRENZÜBERSCHREITENDE UNTERDRÜCKUNG ANDERSDENKENDER	8
6. POLITISCHE IMPLIKATIONEN FÜR DEMOKRATISCHE AUFNAHMELÄNDER	9
7. REAKTIONEN AUF TRANSNATIONALE REPRESSION	10
7.1. Politische Maßnahmen in den Vereinigten Staaten	11
7.2. Deutschland als Aufnahmeland für politisch Verfolgte	11
8. EMPFEHLUNGEN	13
9. LITERATURVERZEICHNIS.....	14
10. ÜBER DEN AUTOR	17

1. Zusammenfassung

Transnationale Repression beschreibt das grenzüberschreitende Vorgehen von Staaten, die Kritiker im Exil und in Diaspora-Gemeinschaften unterdrücken und zum Schweigen bringen. Autoritäre Regierungen nutzen zunehmend und systematisch ein breites Spektrum an Methoden, um Kritikerinnen und Oppositionelle im Ausland einzuschüchtern, zu kontrollieren und zu bestrafen. Die Maßnahmen reichen von digitaler Überwachung und Online-Belästigung bis hin zu Entführungen und Mord. Solche Taktiken erzeugen Angst und Misstrauen innerhalb der Diaspora und zwingen sie in soziale Isolation und Selbstzensur.

Transnationale Repression bedroht nicht nur die Sicherheit und verletzt die grundlegenden Rechte der Betroffenen, sondern untergräbt auch die Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Demokratie in den Ländern, in denen diese Menschen leben. Aufnahmestaaten sind verpflichtet, die Menschenrechte aller Personen auf ihrem Hoheitsgebiet zu schützen. Demokratische Regierungen müssen entschlossen handeln, um die grenzüberschreitende Einflussnahme autoritärer Regime einzudämmen.

Dieses Policy Paper¹ skizziert zentrale Taktiken, Auswirkungen und politische Implikationen transnationaler Bedrohungen in Europa. Es beleuchtet zudem erste politische Antworten, mit Fokus auf die Vereinigten Staaten und Deutschland. Abschließend werden Empfehlungen für den Umgang mit transnationaler Repression im deutschen und europäischen Kontext formuliert, wobei insbesondere die Notwendigkeit einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit und eines menschenrechtsorientierten Ansatzes hervorgehoben wird.

¹ Die deutsche Version dieses Policy Papers basiert auf dem zeitgleich veröffentlichten englischen Original „Restricting freedom from afar. Transnational repression and the authoritarian targeting of human rights in Europe“, <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/1836>.

2. Einleitung

Wochenlang wurde die chinesische Journalistin Su Yutong im Jahr 2022 von unbekannten Männern in ihrer Berliner Wohnung belästigt, nachdem ihre Adresse in gefälschten Escort-Anzeigen veröffentlicht worden war. Zudem war sie auf sozialen Medien sexistischen Beleidigungen und Vergewaltigungsdrohungen ausgesetzt. Jelena Kostjutschenko, eine im Exil lebende Reporterin des unabhängigen russischen Nachrichtenportals Meduza, litt nach einem mutmaßlichen Giftnachschlag gegen sie im Oktober 2022 in München unter schwerwiegenden gesundheitlichen Symptomen. Trinh Xuan Thanh, ein ehemaliger vietnamesischer Parlamentarier und Geschäftsmann, der in Deutschland Asyl beantragt hatte, wurde im Juli 2017 am helllichten Tag im Berliner Stadtzentrum entführt. Später tauchte er im vietnamesischen Staatsfernsehen wieder auf und wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

All diese Fälle sind Beispiele für transnationale Repression. Zunehmend werden Menschen, die autoritäre Regime kritisieren und herausfordern, bedroht und zum Schweigen gebracht, unabhängig davon, wo sie leben. Transnationale Repression tritt auf, wenn repressive Regierungen über Grenzen hinweg agieren, um Andersdenkende im Exil und in Diaspora-Gemeinschaften zu kontrollieren und zu bestrafen. Dabei bedienen sie sich eines breiten Spektrums an Methoden, das von digitaler Überwachung und Online-Belästigung bis hin zu Entführungen und Mord reicht (Furstenberg & Moss, 2024; Schenkan & Linzer, 2021).

Transnationale Repression ist kein neues Phänomen, wie der Mord an Leo Trotski durch sowjetische Agenten in Mexiko im Jahr 1940 und andere historische Beispiele zeigen (Lessa, 2022; Shain, 1989). Dennoch hat sich diese Praxis zunehmend verbreitet, und die Vielfalt der angewandten Methoden wird häufig unterschätzt. Eine aktuelle Untersuchung von Freedom House dokumentiert 854 Fälle physischer transnationaler Repression, die von 38 Herkunftsstaaten in 91 Aufnahmeländern im Zeitraum von 2014 bis 2022 verübt wurden. Zu den aktivsten Tätern gehören die Regierungen von China, der Türkei, Russland, Ägypten und Tadschikistan (Gorokhovskaia et al., 2023). Ebenso greifen die Machthaber von Iran, Ruanda, Aserbaidshan, Eritrea und weiteren Staaten regelmäßig ihre im Ausland lebenden Bürger an. Mit diesen grenzüberschreitenden Repressionstaktiken bedrohen autoritäre Regierungen nicht nur die Sicherheit und verletzen die Menschenrechte der betroffenen Personen, sondern untergraben auch Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Demokratie in den Ländern, in denen diese Menschen leben.

Dieses Policy Paper betrachtet zunächst die zentralen Taktiken und politischen Implikationen transnationaler Repression in einigen europäischen Ländern. Die Abschnitte drei und vier befassen sich mit den Motiven und Methoden der Regime, die transnationale Repression ausüben. Abschnitt fünf erläutert die Auswirkungen von Überwachung, Einschüchterung und anderen Bedrohungen auf Exil- und Diaspora-Gemeinschaften. Abschnitt sechs wendet sich den Aufnahmestaaten zu und zeigt, wie grenzüberschreitende autoritäre Einflussnahme deren Sicherheitsinteressen und demokratische Prozesse beeinträchtigt. Abschnitt sieben analysiert politische Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung transnationaler Repression, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den Vereinigten Staaten und Deutschland liegt. Abschließend werden Empfehlungen für den Umgang mit transnationaler Repression in Deutschland formuliert.

3. Der lange Arm der Diktatur

Als Reaktion auf globale Informations- und Migrationsströme haben autoritäre Regierungen ihre innerstaatlichen Kontroll- und Zwangsmaßnahmen ins Ausland ausgeweitet, „auf eine Weise, die sowohl die territoriale Jurisdiktion als auch geografische Distanz teilweise überwindet“ (Dalmasso et al., 2018, S. 95). Ihr Hauptmotiv besteht darin, die Stabilität und den Fortbestand ihrer Macht sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene zu sichern.

Durch die Anwendung von Repression über Grenzen hinweg versuchen diese Regime, Andersdenkende im Exil zu kontrollieren, die Proteste und Opposition aus der Ferne anfachen könnten, oder auch Journalistinnen und Journalisten, die unzensurierte Nachrichten in ihr Herkunftsland übermitteln.

Ebenso zielen Regime darauf ab, Kritikerinnen und Kritiker zum Schweigen zu bringen, die in der Lage sind, eine internationale Öffentlichkeit zu mobilisieren und externen Druck zu erhöhen, indem sie auf Menschenrechtsverletzungen, Machtmissbrauch und Korruption aufmerksam machen (Dukalskis, 2021). Akte transnationaler Repression richten sich primär gegen exilierte Menschenrechtsverteidiger, Journalistinnen und Oppositionelle, aber auch gegen ehemalige Regimeinsider sowie ethnische oder religiöse Gruppen, die außerhalb ihres Herkunftslandes aktiv sind. Repressive Regime verfolgen sowohl kürzlich Geflüchtete als auch Angehörige der zweiten Einwanderungsgeneration, basierend auf deren Verbindungen zu ihrem Herkunftsland und Aktivitäten, welche diese Regierungen als Bedrohung wahrnehmen.

4. Taktiken transnationaler Repression

Zum Zwecke transnationaler Repression bedienen sich Täterstaaten eines breiten Spektrums an Methoden, das von alltäglicher, anhaltender Belästigung und Einschüchterung bis hin zu offenen Angriffen auf Leben und körperliche Unversehrtheit ihrer Zielpersonen reicht. Physische Akte der Repression umfassen Übergriffe, Entführungen, Verschleppungen und Ermordungen. Der brutale Mord an dem saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi im Konsulat Saudi-Arabiens in Istanbul sowie der versuchte Giftanschlag auf den ehemaligen russischen Militärgeheimdienstoffizier Sergei Skripal in Salisbury, Großbritannien, sind drastische und weithin bekannte Beispiele dafür, wie weit autoritäre Herrscher gehen, um Kritiker in anderen Ländern zum Schweigen zu bringen. Ein weiteres Beispiel ist der Angriff auf den aserbaidschaniischen Videoblogger Mahammad Mirzali, der in Nantes, Frankreich, geschlagen und mit einem Messer attackiert wurde.

In anderen Fällen versuchen autoritäre Regierungen, die Behörden der Aufnahmestaaten zu manipulieren oder für ihre Zwecke zu vereinnahmen, um Menschen im Exil ins Visier zu nehmen. Zur Verfolgung ihrer Kritikerinnen und Gegner nutzen sie Auslieferungsabkommen und internationale Haftbefehle, die internationale Strukturen der polizeilichen Zusammenarbeit sowie Abkommen über gegenseitige Rechtshilfe missbrauchen. So benutzten die türkischen Behörden beispielsweise das Interpol-System, um den Schriftsteller Doğan Akhanlı, einen in Deutschland lebenden Autor, ins Visier zu nehmen. Akhanlı wurde von der Polizei in Spanien festgehalten, und seine Auslieferung an die Türkei konnte nur durch die Intervention des deutschen Außenministeriums verhindert werden (Deutscher Bundestag, 2017b). Die Interpol-Datenbank ermöglicht es Mitgliedsstaaten, Informationen über gesuchte Personen auszutauschen und andere Regierungen

um deren Festnahme oder Aufenthaltsortfeststellung zu ersuchen. Mitgliedstaaten wie Russland, die Türkei, Ruanda und Kasachstan haben dieses System wiederholt missbraucht, um Dissidenten habhaft zu werden. Trotz Bemühungen, die Verfahren der Organisation zu reformieren, besteht das Problem politisch motivierter „Rotecken“ (Red Notices) und daraus resultierender Inhaftierungen weiterhin (Freedom House, 2024b; Pekárek & Wegner, 2018).

Zunehmend arbeiten autoritäre Regierungen auch zusammen, um Kritikerinnen und Kritiker über Grenzen hinweg festzunehmen, auszuliefern oder abzuschleppen (Gorokhovskaia & Linzer, 2022b). Die Wahrscheinlichkeit für Vorfälle transnationaler Repression, denen eine Form der Kooperation zwischen dem Herkunfts- und dem Aufnahmestaat der Verfolgten zu Grunde liegt, ist in autoritär regierten Ländern deutlich höher. Die gemeinsame Missachtung für Menschenrechte, schwache Rechtsstaatlichkeit und Verbindungen zwischen den Sicherheitsbehörden führen dazu, dass autoritäre Regime bei politisch motivierten Auslieferungsanträgen oder erzwungenen Rückführungen eher miteinander kooperieren. Oft haben diese Regierungen nur begrenztes Interesse daran, Exilantinnen und Exilanten aufzunehmen, die andere Machthaber kritisieren und gefährliche Ideen verbreiten könnten. China hat zudem seinen wirtschaftlichen Einfluss genutzt, um Behörden zahlreicher Staaten dazu zu bringen, bei der weltweiten Verfolgung der Uighuren zu assistieren (Lemon et al., 2022).

Nachbarschaften von zwei oder mehr autoritären Staaten stellen besonders risikoreiche Zonen für politisch Verfolgte dar. Die Aufnahmestaaten, die am kooperationsbereitesten in Bezug auf transnationale Repression sind, befinden sich häufig innerhalb solcher autoritären Cluster. Zwischen 2014

und 2020 kooperierten Behörden in Thailand und Russland bei transnationaler Repression mit jeweils fünf verschiedenen Herkunftsländern. Die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate zeigten sich noch kooperativer: sie arbeiteten mit sechs beziehungsweise sieben verschiedenen Herkunftsländern bei Vorfällen transnationaler Repression zusammen (Michaelsen & Ruijgrok, 2024). Darüber hinaus versuchen Sicherheitsbehörden oft, Zielpersonen direkt in benachbarten autoritären Staaten zu fassen, weil sie dort größere Flexibilität und Straflosigkeit für ihre Operationen genießen. Im Jahr 2019 lockte die iranische Revolutionsgarde den Exiljournalisten Ruhollah Zam, der einen populären Telegram-Nachrichtenkanal betrieb, von Paris nach Irak, um ihn dort zu entführen. Er wurde nach Teheran gebracht und später hingerichtet (Peltier & Fassihi, 2020).

Obwohl es autoritären Regierungen gelegentlich gelingt, die Behörden demokratischer Aufnahmestaaten zur Kooperation bei internationalen Haftbefehlen und Auslieferungsanträgen zu bewegen, fällt es ihnen generell schwerer, demokratische Regierungen in Versuche transnationaler Repression einzubinden. Stattdessen greifen sie häufiger auf direkte körperliche Angriffe, Entführungen oder sogar Attentate gegen prominente Dissidenten und ehemalige Regime-Insider zurück, wenn diese ihre Sicherheitsinteressen bedrohen. Um die fehlende Kooperation durch Behörden der Aufnahmestaaten zu kompensieren, suchen diese Regime nach Alternativen, die es ihnen ermöglichen, ihren Einfluss und ihre Kontrolle auszuweiten. China hat in mehreren Ländern Europas, Nordamerikas, Afrikas und Asiens sogenannte „Service-Stationen“ der Polizei eingerichtet. Diese Stationen, die häufig mit Diaspora-Organisationen der Kommunistischen Partei Chinas verknüpft sind, bieten vordergründig administrative Dienstleistungen für Mitglieder der chinesischen Diaspora an. Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass sie auch in die Verfolgung angeblicher Krimineller sowie in erzwungene Rückführungen von Dissidenten und ehemaligen Regierungsbeamten nach China involviert sind. Dabei umgehen diese Stationen internationale Mechanismen der gegenseitigen Rechtshilfe und polizeilichen Zusammenarbeit (Safeguard Defenders, 2022). Iran, Indien, Russland und andere Staaten haben zudem Mitglieder krimineller Organisationen angeheuert, um Andersdenkende in Nordamerika und Europa auszuspionieren und anzugreifen (Miller et al., 2024).

In der überwiegenden Mehrheit der Fälle nutzen die Täterstaaten allerdings verschiedene Methoden transnationaler Repression, die auf eine anhaltende, alltägliche Belästigung und Einschüchterung abzielen. Solche subtilen Bedrohungen machen es schwer, die Verantwortlichen zu Rechenschaft zu ziehen (Schenkkan et al., 2020). Eine besonders weit verbreitete und perfide Taktik sind Drohungen gegen Familienmitglieder im Herkunftsland von exilierten Menschenrechtsverteidigern oder Journalistinnen. Diese reichen von einem einfachen Besuch durch Geheimdienstagenten bis hin zu Verhören und Folter. Solche kollektiven Bestrafungen senden ein starkes Signal und stellen Exilantinnen und Exilanten häufig vor das Dilemma, ob sie ihr Engagement fortsetzen oder ihre Angehörigen im Heimatland schützen sollen (Moss et al., 2022). Iranische Regimevertreter bedrohen beispielsweise re-

gelmäßig die Verwandten von Journalistinnen und Journalisten, die für persischsprachige Auslandsmedien in Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern arbeiten (Reporters Without Borders, 2024).

Botschaften und Konsulate dienen repressiven Regimen als Außenposten, in denen das Personal Exilantinnen und Exilanten, die konsularische Dienste in Anspruch nehmen, erpressen oder verhören kann. So erheben beispielsweise eritreische Botschaften die sogenannte Zwei-Prozent-Steuer, die alle im Ausland lebenden eritreischen Staatsangehörigen auf ihr Einkommen entrichten müssen. Dabei sammeln sie zugleich Informationen über deren Aktivitäten und soziale Kontakte (Babiker, 2024). In anderen Fällen haben Botschaftsmitarbeiter Kritikerinnen und Kritiker öffentlich belästigt oder versuchten, Veranstaltungen zu stören, bei denen diese als Redner auftraten.

Digitale Bedrohungen sind ein zentraler Bestandteil im Repertoire transnationaler Repression. Digitale Technologien erleichtern es Staaten, ihre Reichweite über Grenzen hinweg auszudehnen. Sie bieten ein anpassungsfähiges und flexibles Set an Methoden, die mit vergleichsweise geringen Kosten effektiv zum Einsatz gebracht werden können (Al-Jizawi et al., 2022; Michaelsen, 2020). Regimeagenten durchforsten Social-Media-Kanäle und Online-Medien, um sogenannte Open-Source-Intelligence zu sammeln: Informationen zu Medieninterviews, Konferenzteilnahmen, Treffen, Freundschaften und sozialen Beziehungen. Diese Daten werden genutzt, um Mitglieder der Diaspora zu erpressen und zu bedrohen oder um weitere gezielte Angriffe vorzubereiten. In Phishing-Kampagnen versenden Regimeagenten speziell zugeschnittene Nachrichten, die Zielpersonen dazu bringen sollen, mit Malware infizierte Dateien zu öffnen, um somit Zugang zu deren E-Mail- und Social-Media-Konten zu erlangen und vertrauliche Informationen zu stehlen. Für gezielte Überwachungsmaßnahmen setzen Regierungen invasive Spyware ein, die sie auf einem ebenso florierenden wie intransparenten Markt für Überwachungstechnologien erwerben (Deibert, 2022). Schließlich greifen Regime auch auf bezahlte Trolle und künstlich generierte Social-Media-Konten zurück, um Online-Narrative zu beeinflussen, Desinformation zu verbreiten, kritische Stimmen zu diffamieren und einzuschüchtern.

5. Grenzüberschreitende Unterdrückung Andersdenkender

Die Auswirkungen transnationaler Repression beschränken sich häufig nicht nur auf die unmittelbar betroffene Person, sondern verbreiten Angst und Misstrauen innerhalb ganzer Diaspora-Gemeinschaften. Mit ihren Taktiken können autoritäre Regime Menschen im Exil unter erheblichen Druck setzen, ihre Verbindungen zum Herkunftsland untergraben und sie zu Selbstzensur oder gar zum vollständigen Rückzug aus ihrem Aktivismus zwingen.

Online-Belästigung, Diffamierungskampagnen und andere Formen der Einschüchterung beeinträchtigen die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Betroffenen erheblich. Besonders Frauen, die unverhältnismäßig häufig mit sexistischen Angriffen, Vergewaltigungsdrohungen und anderen Formen geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt konfrontiert werden, berichten von Angststörungen und Depressionen (Al-jizawi et al., 2023). Die ständig drohende Gefahr der Überwachung und Beobachtung durch Behörden des Herkunftsstaates kann eine abschreckende Wirkung entfalten. Aktivistinnen und Aktivisten nehmen Abstand von Protesten, öffentlichen Veranstaltungen und Medienauftritten. Andere wägen jede öffentliche Äußerung sorgfältig ab, um die Aufmerksamkeit des Regimes nicht auf sich zu lenken.

Die Angst um Angehörige und Kollegen zwingt viele Menschen im Exil dazu, ihre Verbindungen zu ihrem Herkunftsland einzuschränken. Journalistinnen und Journalisten vermeiden es, politische Themen mit Eltern oder Bekannten zu besprechen oder sie verzichten bewusst auf eine Zusammenarbeit mit Kontakten im Herkunftsland, aus Sorge, ihre Kommunikation könnte überwacht werden. Die meisten uigurischen Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen haben Kontakte zu ihren Familien in ihrer Heimat vollständig abgebrochen, um diese vor weiterer Repression durch die chinesischen Behörden zu schützen (Amnesty International, 2020). Darüber hinaus fördert transnationale Repression soziale Isolation und Misstrauen innerhalb migrantischer Gemeinschaften. Viele haben Angst vor eingeschleusten Regimeinformanten, während andere nicht mit Aktivistinnen und Aktivisten in Verbindung gebracht werden wollen, die vom Herkunftsstaat überwacht und bedroht werden.

Die Praktiken transnationaler Repression verletzen die Menschenrechte der betroffenen Individuen und Gemeinschaften. Ganz grundlegend beeinträchtigen diese Bedrohungen das Recht auf Privatsphäre, freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Andere Taktiken gefährden das Recht auf Leben, Freiheit, körperliche Unversehrtheit sowie das Recht auf Schutz vor Folter und Misshandlung. Gemäß internationaler Menschenrechtsnormen sind die Aufnahmestaaten von betroffenen Migrantinnen und Migranten verpflichtet, alle Personen in ihrem Hoheitsgebiet vor Einschränkungen ihrer Rechte zu schützen und sicherzustellen, dass diese ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können. Diese Verpflichtungen bestehen nicht nur gegenüber Staatsangehörigen, sondern gegenüber allen Personen, die sich auf ihrem Territorium befinden (Anstis & Barnett, 2022; Milanovic, 2020).

6. Politische Implikationen für demokratische Aufnahmeländer

Die zunehmend verbreitete und andauernde Anwendung transnationaler Repression verdeutlicht einen Wandel in der internationalen Ordnung. Im Jahr 2023 ging die globale Freiheit zum 18. Mal in Folge zurück, da weltweit in vielen Ländern politische Rechte und bürgerliche Freiheiten eingeschränkt wurden (Freedom House, 2024a). Wenn Diktatoren Andersdenkende auf fremdem Staatsgebiet verfolgen, stellen sie die Normen und Werte liberaler Demokratien sowie die multilaterale, regelbasierte Ordnung infrage (Cooley, 2015). Gleichzeitig agieren sie immer unverfrorener bei der Verfolgung von Exilantinnen und Exilanten. Ein prägnantes Beispiel ist die erzwungene Landung eines Passagierflugzeugs durch belarussische Behörden im Mai 2021, die einen Exilblogger festnehmen wollten. Mit der zunehmenden systemischen Rivalität zwischen Demokratien und Autokratien fügen sich einzelne Akte transnationaler Repression in umfassendere Muster autoritärer Einflussnahme ein. Dazu gehören „Medien- und Desinformationskampagnen, die Vereinnahmung und Korruption von Beamten und Eliten der Aufnahmestaaten, der Aufbau von Allianzen mit antiliberalen Parteien und Bewegungen sowie die Unterstützung von Cyberangriffen“ (Schenkkan & Linzer, 2021, S. 7).

Attentate und Entführungen auf fremdem Staatsgebiet stellen Verletzungen des Völkerrechts und strafrechtliche Vergehen dar. Doch auch die subtileren Praktiken transnationaler Repression untergraben die Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit in den Ländern, in denen betroffene Personen leben. Ein Beispiel hierfür bietet der Prozess zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch syrische Regimevertreter vor dem Oberlandesgericht Koblenz. Einige Zeugen zogen dort ihre Aussagen zurück oder änderten diese, nachdem Familienmitglieder in Syrien vom Assad-Regime bedroht worden waren. Die vorsitzende Richterin äußerte sich resigniert über die begrenzten Möglichkeiten, Zeugen zu schützen, die gegen ein bestehendes repressives Regime aussagten (El-Hitami, 2020). Ähnliche Einschüchterungstaktiken wurden gegen potenzielle Zeugen in Ermittlungen gegen frühere syrische Regimevertreter in Schweden und den Niederlanden angewendet (Human Rights Watch, 2017). Ein weiteres Beispiel liefert die türkische Regierung, die Mitglieder der großen türkischen Diaspora in Deutschland dazu ermutigte, Kritiker und Oppositionelle zu denunzieren. Hierfür stellte die Regierung sogar eine Smartphone-App bereit, über die Fotos und Kontaktdaten mutmaßlicher Dissidentinnen und Dissidenten übermittelt werden konnten. Den Betroffenen drohten bei Reisen in die Türkei Verhaftungen und Verhöre. Ein Sachstandsbericht des Deutschen Bundestages stellte fest, dass diese Anwendung möglicherweise gegen die Datenschutzgrundverordnung sowie das Verbot der politischen Verdächtigung verstoße (Deutscher Bundestag, 2019). In beiden Fällen stellten Versuche transnationaler Repression die Glaubwürdigkeit des deutschen Staates infrage, die alleinige Autorität über seinen Hoheitsbereich auszuüben.

Durch die Einschüchterung ihrer Staatsangehörigen in anderen Ländern greifen autoritäre Regierungen auch in Prozesse der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung ein, die eine wesentliche Grundlage der Demokratie bilden. Dissidentinnen und Dissidenten im Exil verfügen oft über detaillierte Kenntnisse der Entwicklungen in ihrem Herkunftsland. Sie möchten neu gewonnene Freiheiten in demokratischen Aufnahmegesellschaften nutzen, um an öffentlichen Debatten teilzuhaben und auf die Situation in ihrem Heimatland aufmerksam zu machen. Doch selbst außerhalb ihrer Heimat werden sie bedroht und zum Schweigen gebracht. Ein Beispiel hierfür ist die umfassende Kampagne der chinesischen Regierung gegen uighurische Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, die auf die anhaltenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit in ihrer Heimatregion Xinjiang im Nordwesten Chinas aufmerksam machen. Diese Kampagne zielt eindeutig darauf ab, die internationale Meinung und die außenpolitischen Entscheidungen anderer Staaten zu beeinflussen.

Die chinesische Regierung untergräbt zudem auch die Wissenschaftsfreiheit an Universitäten in Europa und Nordamerika, indem sie das Verhalten von Studierenden aus China und Hongkong überwacht. Studierende schränken ihre Teilnahme an Debatten im Unterricht ein, insbesondere wenn die Kursinhalte kritische Themen berühren. Sie distanzieren sich von ihren Landsleuten auf dem Campus, aus Angst, dass jemand sie bei den chinesischen Behörden melden könnte. Studierende, die an Veranstaltungen teilnahmen, welche die chinesische Regierung kritisierten, wurden verwarnet und staatliche Stellen drohten ihren Familien im Heimatland. Diese Überwachung betrifft auch nicht-chinesische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Universitäten, die sensible Forschungsthemen oder den Kontakt zu kritischen chinesischen Studierenden meiden, um ihre Chancen auf Visa und Forschungskooperationen in China nicht zu gefährden (Amnesty International, 2024).

China betreibt zweifellos das umfassendste Programm transnationaler Repression an Universitäten. Doch auch die Regierungen von Ägypten, der Türkei, Indien, Kasachstan, Saudi-Arabien und anderen Ländern nutzen Taktiken wie Überwachung, Druck auf Familien, Belästigung, Angriffe und die Konditionierung von Forschungspartnerschaften, um internationale Studierende und Forschende einzuschüchtern. Universitätsverwaltungen sind sich häufig des Ausmaßes dieser Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit nicht bewusst und versäumen es, den betroffenen Personen den notwendigen Schutz und Unterstützung zu bieten (Del Sordi, 2018; Gorokhovskaia & Vaughan, 2024).

7. Umgang mit transnationaler Repression

Transnationale Repression bedroht Menschenrechte, Demokratie und Sicherheit in den Ländern, in denen die betroffenen Individuen und Gemeinschaften leben. Demokratische Regierungen müssen entschlossener handeln, um grenzüberschreitende Übergriffe autoritärer Regime einzudämmen. Obwohl das Problembewusstsein in den westlichen Demokratien zunimmt, stehen politische Antworten noch am Anfang. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten hat bisher kein Land eine umfassende Strategie zur Bekämpfung transnationaler Repression entwickelt. Zudem werden entschlossene Reaktionen auf Vorfälle transnationaler Repression sowie der umfassende Schutz gefährdeter Personen oft genug anderen politischen, strategischen oder wirtschaftlichen Prioritäten untergeordnet (Furstenberg & Michaelsen, 2021). Ein inkohärenter Umgang mit transnationaler Repression wird den verantwortlichen Staaten jedoch nur signalisieren, dass sie mit ihren Repressionsmaßnahmen gegen Andersdenkende in anderen Ländern ungestraft davonkommen. Infolgedessen fühlen sich betroffene Menschen im Exil und in der Diaspora häufig von den Behörden der Aufnahmestaaten im Stich gelassen (Al-Jizawi et al., 2022; Gorokhovskaia & Linzer, 2022b).

Eine zentrale Schwierigkeit besteht darin, dass das Problem transnationaler Repression die Zuständigkeiten mehrerer Politikbereiche überschneidet, darunter Spionageabwehr, Strafverfolgung, Außenpolitik und Migrationskontrolle. Behörden erkennen oft weder das gesamte Ausmaß noch die systematische Natur der Versuche, Menschen im Exil und in der Diaspora einzuschüchtern und zu unterdrücken. Eine aktuelle Evaluation der US-amerikanischen Politik im Umgang mit transnationaler Repression betont die Notwendigkeit einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit auf der Grundlage einer gemeinsamen Problemdefinition und einheitlichen Terminologie, um präventive Maßnahmen und Schutzmechanismen gegen solche Handlungen zu gewährleisten. Der Bericht unterstreicht besonders die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu transnationaler Repression unter der Leitung des Nationalen Sicherheitsrats, die den Informationsaustausch sowie die Koordination politischer Maßnahmen zwischen Behörden auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene sicherstellen soll (U.S. Government Accountability Office, 2023).

Zwei Fälle aus dem deutschen Kontext verdeutlichen die „verflochtene“ Natur von Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit transnationaler Repression. Ahmed Mansour, ein ägyptischer Journalist mit Wohnsitz in Doha, wurde 2015 am Berliner Flughafen festgenommen, nachdem die ägyptische Regierung einen internationalen Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte. Die deutsche Bundespolizei führte die Festnahme durch, obwohl Interpol den Haftbefehl als politisch motiviert eingestuft hatte. Mansour wurde schließlich freigelassen, doch Medienberichte und eine parlamentarische Anfrage brachten Fehlkommunikation und fehlerhafte Bewertungen seines Falls durch die beteiligten Stellen – das Auswärtige Amt, das Justizministerium und die Polizei – ans Licht (Deut-

scher Bundestag, 2015). Im Fall von Trinh Xuan Thanh, dem eingangs erwähnten ehemaligen vietnamesischen Parlamentarier, berichteten Medien, dass zwei der an seiner Entführung beteiligten Agenten zuvor an Ausbildungsprogrammen deutscher Polizei- und Sicherheitsbehörden teilgenommen hatten. Vor der Entführung hatten sie versucht, ihre Kontakte bei deutschen Behörden zu nutzen, um Trinh Xuan Thanh's Auslieferung zu erreichen. Darüber hinaus missbrauchten sie ihren diplomatischen Status sowie Beziehungen zur slowakischen Regierung für die Durchführung der Entführungsoperation (Erb & Schmidt, 2018).

Obwohl transnationale Repression immer mehr Aufmerksamkeit erhält, variieren die politischen Maßnahmen und die Priorisierung des Themas erheblich zwischen den Aufnahmeländern. Auf europäischer Ebene ist eine Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarats das einzige Dokument, das explizit auf transnationale Repression eingeht (Parlamentarische Versammlung des Europarats, 2023). Außerdem wird der Schutz von bedrohten Dissidenten und Diaspora-Gemeinschaften auf europäischem Territorium vor transnationaler Repression durch autoritäre Staaten in drei Resolutionen des Europäischen Parlaments erwähnt. Diese beziehen sich auf die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, die Unterdrückung friedlicher Proteste in China sowie Irans zunehmend aggressive Haltung im Nahen Osten und darüber hinaus (Europäisches Parlament, 2022, 2023b, 2024).

Abgesehen davon wird transnationale Repression häufig im Rahmen von Handlungsempfehlungen zur Abwehr ausländischer Einflussnahme behandelt. Der Sonderausschuss des Europäischen Parlaments für ausländische Einflussnahme auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union (INGE) hat zwei Berichte veröffentlicht, die das Thema transnationale Repression erwähnen, es jedoch mit anderen Bedrohungen wie Desinformation und Wahlmanipulation durch ausländische Akteure zusammenführen (Europäisches Parlament, 2020, 2023a). Ein ähnlicher Ansatz wird in Kanada verfolgt, wo die Regierung eine öffentliche Untersuchung zu ausländischer Einflussnahme eingeleitet hat, nachdem im Juni 2023 Hardeep Singh Nijjar, ein führender Aktivist der Sikh-Separatisten, unter mutmaßlicher Beteiligung indischer Behörden in British Columbia ermordet worden war (Ahmed & Cheung, 2024).

Behandelt man transnationale Repression unter dem Paradigma der ausländischen Einflussnahme, kann das jedoch dazu führen, dass Regierungen Belange der nationalen Sicherheit über den Schutz von Menschenrechten stellen. Ein sicherheitsorientierter Ansatz erfasst nicht die subtileren Taktiken der Überwachung und Belästigung, die autoritäre Regime einsetzen, um Diasporagemeinschaften einzuschüchtern und deren grundlegende Freiheiten einzuschränken. Zudem steht die weitgehend nicht-öffentliche Handlungsweise von Sicher-

heitsbehörden und Nachrichtendiensten im Widerspruch zur Notwendigkeit transparenter Unterstützungsmaßnahmen und vertrauensbildender Initiativen, die sich an gefährdete Gemeinschaften richten. Letztlich laufen Exilanten und Diasporaangehörige mit Wurzeln in autoritären Ländern in Gefahr, generell unter Verdacht gestellt zu werden – als potenzielle ausländische Spione oder Agenten externer Manipulation – anstatt als Personen gesehen zu werden, die Schutz vor einem Staat benötigen, der politische Repression aus dem Landesinneren heraus über Grenzen hinweg ausdehnt.

Wie die Logik der Bekämpfung ausländischer Einflussnahme den Schutz verfolgter Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger untergraben kann, zeigt der Fall von Galina Timtschenko, Mitbegründerin des unabhängigen russischen Nachrichtenmediums Meduza. Als Timtschenko im Februar 2023 an einem Treffen mit anderen russischen Exiljournalistinnen und -journalisten in Berlin teilnahm, wurde ihr iPhone mit der leistungsstarken Spyware Pegasus infiziert. Zwar erschien die russische Regierung als naheliegende Verdächtige, doch verkauft die israelische NSO Group, die hinter Pegasus steht, Berichten zufolge nicht an Russland. Stattdessen wurden die Geheimdienste mehrerer EU-Staaten als potenzielle Betreiber des Angriffs genannt (Access Now, 2023). Es ist möglich, dass eines der baltischen Länder, die sich durch Russlands Aggression besonders bedroht fühlen, Timtschenko aus Sorge vor russischen Agenten unter den neu Exilierten ins Visier nahm. Weitere Pegasus-Angriffe auf russisch- und belarussischsprachige Journalistinnen und Journalisten sowie Oppositionelle im Exil wurden im Mai 2024 aufgedeckt (Access Now, 2024).

7.1 Politische Maßnahmen in den Vereinigten Staaten

Die US-Regierung unter der Biden-Harris-Administration hat eine führende Rolle im Kampf gegen transnationale Repression übernommen. Koordiniert durch den Nationalen Sicherheitsrat verfolgt sie einen „Whole-of-Government“-Ansatz, der das Ministerium für Innere Sicherheit (Homeland Security), das Justizministerium, das Außenministerium sowie das Federal Bureau of Investigation (FBI) einbindet. Zu den Gegenmaßnahmen gehören das Monitoring von Vorfällen, die Sensibilisierung gefährdeter Bevölkerungsgruppen, Sanktionen und strafrechtliche Verfolgung, um ausländische Akteure für ihre Beteiligung an transnationaler Repression zur Rechenschaft zu ziehen (Gorokhovskaia & Linzer, 2022a).

Im Jahr 2021 führte die US-Regierung den sogenannten „Khashoggi Ban“ ein, der es dem Außenministerium erlaubt, Visa einschränkungen gegen Personen zu verhängen, die an „schwerwiegenden extraterritorialen Aktivitäten gegen Dissidenten“ beteiligt sind (Schenkkan et al., 2021). Dieses Instrument wurde bereits genutzt, um saudischen Staatsangehörigen, die in die Tötung von Jamal Khashoggi verwickelt waren, Visa zu verweigern. Auch belarussische Staatsbürger, die in Versuche grenzüberschreitender Unterdrückung von Dissidenten involviert waren (etwa der Versuch einer zwangs-

weisen Rückführung der Sportlerin Kristina Timanowskaja während der Olympischen Sommerspiele 2021 in Tokio), wurden mit einer Visasperre belegt (Stewart, 2021; United States Department of State, 2022). Zusätzlich sind weitere Gesetzesentwürfe in Vorbereitung, die transnationale Repression unter Strafe stellen und eine Reihe von Gegenmaßnahmen für die Regierung aufzeigen (Stop Transnational Repression Act, 2022; Transnational Repression Policy Act, 2023). Darüber hinaus hat das Justizministerium Anklagen gegen ausländische Akteure, unter anderem aus China, Iran und Ägypten, erhoben, die Dissidenten und Oppositionelle auf US-amerikanischem Boden bedroht haben. Im April 2023 klagte beispielsweise ein Staatsanwalt vor einem Bundesgericht in New York 40 Beamte des chinesischen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit an. Diese hatten Tausende gefälschter Social-Media-Konten erstellt, um chinesische Dissidenten im Ausland zu belästigen und einzuschüchtern, Propaganda zu verbreiten und Online-Meetings zu stören (United States Department of Justice, 2023). Derartige Anklagen benennen die Verantwortlichen für transnationale Repression und ziehen sie öffentlich zur Rechenschaft, auch wenn die Angeklagten außerhalb der Reichweite der US-Behörden bleiben.

Fälle transnationaler Repression werden ebenfalls in den jährlichen Länderberichten zu Menschenrechtsverletzungen des US-Außenministeriums dokumentiert. Das FBI, zuständig für Spionageabwehr und Sicherheit im Inland, definiert transnationale Repression als das Bestreben ausländischer Regierungen, „über ihre Grenzen hinaus Mitglieder ihrer Diaspora- und Exilgemeinschaften in den Vereinigten Staaten einzuschüchtern, zum Schweigen zu bringen, zu unterdrücken, zu belästigen oder zu schädigen“. Das FBI bietet Schulungen für Mitarbeitende an, um Vorfälle besser zu erkennen und hat eine spezielle Website veröffentlicht, die gängige Taktiken erklärt und Ratschläge gibt, wie Bedrohungen gemeldet werden können (FBI, o.D.). FBI-Agenten haben wiederholt Versuche transnationaler Repression in den Vereinigten Staaten aufgedeckt und vereitelt, darunter einen Mordanschlag auf die prominente iranische Frauenrechtsaktivistin Masih Alinejad in New York.

Auf internationaler Ebene hat die US-Regierung das Bewusstsein für transnationale Repression als Bedrohung für Demokratien geschärft, unter anderem durch die Initiierung einer Arbeitsgruppe zum Thema transnationale Repression im Rahmen des G7-Rapid-Response-Mechanismus.

7.2 Deutschland als Aufnahmeland für politisch Verfolgte

Deutschland ist ein zentraler Zufluchtsort für Asylsuchende und politische Geflüchtete und nimmt aufgrund seiner Lage im Zentrum der Europäischen Union eine strategische Position ein. Infolgedessen beherbergt Deutschland Migrantinnen und Migranten aus zahlreichen Ländern, die von ihrem Herkunftsstaat verfolgt werden. Laut dem Datensatz von Freedom House haben in den vergangenen zehn Jahren mindestens zwölf ausländische Regierungen ihre Staatsangehörigen

auf deutschem Boden mit Repressionsmaßnahmen ins Visier genommen (Gorokhovskaia et al., 2023). Neben den bereits erwähnten Beispielen zählt der Mord am tschetschenischen Separatisten Selimkhan Khangoshvili im August 2019 zu den bekanntesten Fällen. Ein Urteil des Berliner Gerichts stellte fest, dass die russischen Behörden den Mord in Auftrag gegeben hatten (Oltermann, 2021).

Der jährliche Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz dokumentiert in den Abschnitten zu Spionage, Cyberangriffen und sonstigen sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Aktivitäten für eine fremde Macht regelmäßig Aktivitäten, die unter transnationale Repression fallen. Zu den genannten Hauptakteuren, die gegen Dissidenten und Oppositionelle in Deutschland vorgehen, zählen China, Russland, Iran und die Türkei. Die Ausgabe des Berichts von 2023 enthält erstmals eine umfassende Definition des Begriffs transnationale Repression und verdeutlicht so ein wachsendes Problembewusstsein bei deutschen Behörden. Transnationale Repression bezeichnet demnach die „von einer Reihe von Staaten außerhalb ihrer Landesgrenzen betriebenen Unterdrückungsmaßnahmen. Sie richten sich gegen im Ausland lebende Dissidenten oder sonstige von der Regierung des Heimatlandes als Gegner eingestufte Personen“. Der Bericht führt zudem einige gängige Methoden auf (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2024).

Strafverfolgungsbehörden haben auf Bedrohungen gegen Exilierte und Mitglieder von Diaspora-Gemeinschaften reagiert. So hat die deutsche Polizei Journalisten und Aktivistinnen aus der Türkei, Iran und Vietnam unter Schutz gestellt. Die Bundesanwaltschaft hat Ermittlungen gegen türkische und chinesische Staatsangehörige eingeleitet, die im Auftrag ihrer Regierungen migrantische Gemeinschaften ausspioniert haben (Deutsche Welle, 2021; Jardine & Hall, 2021). Ebenso wurden Ermittlungen gegen mutmaßliche iranische Agenten auf deutschem Staatsgebiet aufgenommen, die in Versuche transnationaler Repression verwickelt sein sollen (Baeck & Sahebi, 2023). Das deutsche Strafgesetzbuch bietet eine Grundlage, um schwerwiegendere Formen transnationaler Repression strafrechtlich zu verfolgen. Die Rechtsprechung hat festgestellt, dass die Spionagetätigkeiten eines ausländischen Staates gegen seine Staatsangehörigen auf deutschem Staatsgebiet auch gegen die Bundesrepublik selbst gerichtet sind, da sie das Potenzial haben, bestimmte Grundfreiheiten zu beeinträchtigen, die Deutschland zu schützen verpflichtet ist (Haider, 2018, S. 209). Es bleibt jedoch unklar, wie konsequent diese Bestimmungen gegenüber Tätern transnationaler Repression angewandt werden.

Trotz gewisser Schutzmaßnahmen durch die Strafverfolgungsbehörden sind Menschen im Exil weiterhin Belästigungen und Bedrohungen durch ihre Herkunftsstaaten ausgesetzt. Es mangelt nach wie vor an Bewusstsein für die Vielfalt repressiver Taktiken. Risiken werden oft nicht ernst genommen. In den vergangenen Jahren haben Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen die deutsche Bundesregierung wiederholt dazu aufgefordert, den Umgang mit Fällen transnationaler Repression zu erläutern (Deutscher Bundestag, 2017a, 2018, 2020, 2021). In ihrer Antwort auf die jüngste Anfrage verweist die Regierung vor allem auf bereits bestehende

Gegenmaßnahmen (Deutscher Bundestag, 2024). Eine kohärente Strategie zur Eindämmung transnationaler Repression fehlt jedoch weiterhin, obwohl die bisherige Regierungskoalition sich dazu verpflichtet hat, zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken und zu schützen, „auch bei grenzüberschreitender Verfolgung“ (Koalitionsvertrag 2021, S. 146). Die Selbstverpflichtung der bisherigen Bundesregierung zur Bekämpfung transnationaler Repression zeigt sich auch in der strategischen Neuausrichtung ihrer Chinapolitik sowie in der Unterzeichnung einer „Deklaration von Prinzipien zur Bekämpfung transnationaler Repression“ während des ‘Summit for Democracy’ 2023 (Bundesregierung, 2023; Freedom House, 2023).

In der Zivilgesellschaft hat die zunehmende Bedrohung von Mitgliedern aus Exil- und Diaspora-Gemeinschaften in Deutschland zur Gründung einer Allianz von derzeit 13 Menschenrechts- und Diaspora-Organisationen geführt. Die im August 2024 ins Leben gerufene Koalition hat das Ziel, das Bewusstsein für transnationale Repression zu schärfen und gezielte politische Antworten einzufordern (Tibet Initiative, 2024). Die Mitglieder der Koalition plädieren für die Einrichtung einer Anlaufstelle auf Bundesebene, die Fälle dokumentiert und Betroffene transnationaler Repression in Deutschland unterstützt. Dieser Vorschlag entspricht menschenrechtsorientierter Forschung, die in ähnlicher Weise für die Schaffung eines „Büros zum Schutz transnationaler Rechte“ argumentiert hat. Eine solche Einrichtung soll sich mit dem Monitoring von Fällen, der Unterstützung gefährdeter Gemeinschaften, der Entwicklung politischer Gegenmaßnahme sowie der internationalen Zusammenarbeit zur Eindämmung transnationaler Repression befassen (Chubb & Roberts Lyer, 2024).

8. Empfehlungen

Transnationale Repression stellt einen systematischen Versuch autoritärer Staaten dar, Kritik zu unterdrücken und Menschenrechte in anderen Ländern einzuschränken. Täterstaaten nutzen immer öfter und mit wachsendem Selbstbewusstsein ein breites Repertoire an repressiven Taktiken. Dadurch konsolidieren und erweitern diese Regime ihre autoritäre Herrschaft auf globaler Ebene.

Demokratische Regierungen müssen transnationale Repression als eigenständige Bedrohung erkennen und ihr proaktiv entgegenzutreten, um ihrer Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte nachzukommen sowie ihre Souveränität und Sicherheit zu verteidigen. Sie können die Kosten für die Täter erhöhen und gleichzeitig Gelegenheiten für eine Bedrohung von Menschen im Exil einschränken. Schutzmechanismen für gefährdete Personen müssen gestärkt und verbessert werden, indem sowohl das Asylrecht geachtet als auch gezielte Unterstützungsstrukturen für Betroffene transnationaler Repression geschaffen werden. Exilierte aus autoritären Kontexten werden häufig aufgrund ihres Engagements für liberale und demokratische Werte verfolgt. Sie sind natürliche Verbündete im Kampf gegen Autoritarismus. Ihre Rechte und ihre Sicherheit sollten im Mittelpunkt jeder Strategie zur Stärkung demokratischer Resilienz stehen.

Um transnationaler Repression in Deutschland entgegenzuwirken, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- **Transnationale Repression definieren:** Eine einheitliche Definition transnationaler Repression sollte in allen Politikbereichen gleichermaßen Anwendung finden. Alle relevanten Behörden (Strafverfolgung, Migration, Außenpolitik) müssen ein gemeinsames Verständnis von transnationaler Repression als eine spezifische Bedrohung der Menschenrechte von Betroffenen und der demokratischen Werte in Deutschland entwickeln.
- **Behördenübergreifende Zusammenarbeit verbessern:** Informationsaustausch und Koordination zwischen den Behörden im Umgang mit transnationaler Repression sollten optimiert werden. Staatliche Stellen, die mit Betroffenen zusammenarbeiten, müssen sensibilisiert werden, etwa über spezielle Schulungen.
- **Monitoring und Dokumentation bündeln:** Eine zentrale Instanz sollte Vorfälle transnationaler Repression systematisch erfassen. Dies sollte auch die Einrichtung eines niederschweligen Meldeverfahrens für Betroffene sowie zivilgesellschaftliche Akteure insgesamt miteinschließen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass politisch Verfolgte aus autoritären Kontexten aufgrund vergangener Erfahrungen mit repressiven staatlichen Akteuren möglicherweise zögern, sich an Polizei- oder Nachrichtendienste zu wenden. Andere Betroffene könnten aus Sorge um Verzögerungen in ihrem Asyl- oder Einwanderungsverfahren von einer Meldung absehen. Anlaufstellen sollten möglichst in der Lage sein, traumasensible Beratung sowie Empfehlungen zu psychosozialer Unterstützung und anderen Sicherheitsmaßnahmen zu geben.
- **Außenpolitik sensibilisieren:** Vorfälle transnationaler Repression sollten im zweijährlichen Menschenrechtsbericht der Bundesregierung dokumentiert sowie in diplomatischen Gesprächen und öffentlich thematisiert werden. Maßnahmen im Bereich von Sicherheits- und Entwicklungszusammenarbeit mit Staaten, die transnationale Repression ausüben, sollten entsprechend konditioniert werden. Auf europäischer Ebene können Mechanismen wie die Globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte genutzt werden, um Individuen und Organisationen zur Verantwortung zu ziehen, die an transnationaler Repression beteiligt sind.
- **Schutz für Verfolgte sicherstellen:** Ein starker Schutz für Menschen, die in ihrem Herkunftsland politischer Verfolgung und anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, muss gewährleistet bleiben – auch trotz des derzeitigen Drucks, Migration zu reduzieren. Das Bewusstsein für Risiken transnationaler Repression sollte über alle Phasen des Asylprozesses hinweg gestärkt werden. Dabei sind auch Bedrohungen gegen Familienangehörige von Antragstellenden, Drohungen durch Botschaften oder Konsulate des Herkunftslandes sowie digitale Bedrohungen zu berücksichtigen. Zudem nutzen autoritäre Staaten häufig falsche Anschuldigungen wie Terrorismus oder Korruption, um Entscheidungen von Einwanderungsbehörden im Aufnahmestaat zu beeinflussen. Durch die zunehmend restriktive Migrationspolitik und Verschiebung der Außengrenzen der EU verbleiben gefährdete Personen außerdem oft in Drittstaaten außerhalb des EU-Territoriums, wo sie nach wie vor dem Zugriff ihres Herkunftsstaates ausgesetzt sind (z. B. Iranerinnen und Iraner in der Türkei).
- **Missbrauch von Überwachungstechnologien eindämmen:** Maßnahmen auf EU-Ebene zur Bekämpfung des Missbrauchs und der Verbreitung von Überwachungstechnologien sollten unterstützt werden. Zugleich ist eine höhere Transparenz im Umgang mit Spionagesoftware innerhalb der EU notwendig, einschließlich der Nutzung durch die deutsche Regierung.
- **Zivilgesellschaft fördern:** Eine ungehinderte Arbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Schutz für gefährdete Exil- und Diaspora-Gemeinschaften bieten, sollte gewährleistet werden, auch durch finanzielle Förderung. Dies umfasst Unterstützung in den Bereichen der digitalen Sicherheit, psychischen Gesundheit sowie rechtlichen Beratung.

9. Literaturverzeichnis

Access Now. (2023). *Hacking Meduza: Pegasus-Spyware gegen Putin-Kritiker eingesetzt* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.accessnow.org/publication/hacking-meduza-pegasus-spyware-used-to-target-putins-critic>.

Access Now. (2024). *Im Exil und dennoch überwacht: Zivilgesellschaft in Lettland, Litauen und Polen Ziel von Pegasus-Spyware* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.accessnow.org/publication/civil-society-in-exile-pegasus>.

Ahmed, K. & Cheung, M. (2024). *Neue Kommission beleuchtet die Auswirkungen von ausländischer Einflussnahme auf Diaspora-Gemeinschaften* (Originaltitel auf Englisch). The Conversation. Abgerufen von <http://theconversation.com/new-commission-sheds-light-on-how-diaspora-communities-are-impacted-by-foreign-interference-228681>.

Al-Jizawi, N., Anstis, S., Barnett, S., Chan, S., Leonard, N., Senft, A., & Deibert, R. (2022). *Psychologischer und emotionaler Krieg: Digitale transnationale Repression in Kanada* (Originaltitel auf Englisch). The Citizen Lab. Abgerufen von <https://citizenlab.ca/2022/03/psychological-emotional-war-digital-transnational-repression-canada>.

Aljizawi, N., Anstis, S., & Michaelsen, M. (2023). *Psychologischer und emotionaler Krieg: Digitale transnationale Repression in Kanada* (Originaltitel auf Englisch). The Citizen Lab. Abgerufen von <https://merip.org/2023/09/exiled-women/>.

Amnesty International. (2020). *Nirgends fühlt es sich sicher an: Uiguren berichten von einer von China geführten Einschüchterungskampagne im Ausland* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2020/02/china-uyghurs-abroad-living-in-fear>.

Amnesty International. (2024). *China: „Auf meinem Campus habe ich Angst“: Die gezielte Repression von chinesischen Studierenden im Ausland erstickt ihre Rechte* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.amnesty.org/en/documents/asa17/8006/2024/en>.

Anstis, S. & Barnett, S. (2022). *Digitale transnationale Repression und die Verpflichtung der Aufnahmestaaten, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern*. Journal of Human Rights Practice, 14(2), 698–725. <https://doi.org/10.1093/jhuman/huab051>.

Babiker, M. A. (2024). *Bericht des Sonderberichterstatters zur Lage der Menschenrechte in Eritrea* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ahrc5624-situation-human-rights-eritrea-report-special-rapporteur>.

Bundesamt für Verfassungsschutz. (2024). *Spionage, Cyberangriffe und sonstige sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten für eine fremde Macht*. Abgerufen von <https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-spionageabwehr/vsb-spionageabwehr-node.html>.

Bundesregierung. (2023). *China-Strategie der Bundesregierung*. Abgerufen von <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2608578/810fdade376b1467f20bdb697b2acd58/china-strategie-data.pdf>.

Chubb, A. & Roberts Lyer, K. (2024). *Transnationale Menschenrechtsverletzungen: Umgang mit der Entwicklung globalisierter Repression durch nationale Menschenrechtsinstitutionen* (Originaltitel auf Englisch). Journal of Human Rights Practice. <https://doi.org/10.1093/jhuman/huae017>.

Cooley, A. (2015). *Autoritarismus wird global: Gegen demokratische Normen*. Journal of Democracy, 26(3), 49–63. <https://doi.org/10.1353/jod.2015.0049>.

Council of Europe Parliamentary Assembly. (2023). *Transnationale Repression als wachsende Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte (Doc. 15787)* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://rm.coe.int/transnational-repression-as-a-growing-threat-to-the-rule-of-law-and-hu/1680ab5b07>.

Dalmaso, et al. (2018). *Intervention: Extraterritoriale autoritäre Macht* (Originaltitel auf Englisch). Political Geography, 64, 95–104. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2017.07.003>.

Deibert, R. J. (2022, December 22). *Der Autokrat in deinem iPhone* (Originaltitel auf Englisch). Foreign Affairs, Januar/Februar 2023. Abgerufen von <https://www.foreignaffairs.com/world/autocrat-in-your-iphone-mercenary-spyware-ronald-deibert>.

Del Sordi, A. (2018). *Förderung studentischer Mobilität zur Entwicklung und autoritären Stabilität: Kasachstans Bolashak-Programm* (Originaltitel auf Englisch). Globalizations, 15(2), 215–231. <https://doi.org/10.1080/14747731.2017.1403780>.

Deutsche Welle. (2021, October 1). *Deutschland ermittelt gegen Mann wegen Verdachts der Spionage für die Türkei* (Originaltitel auf Englisch). DW.COM. Abgerufen von <https://www.dw.com/en/germany-investigates-man-on-suspicion-of-spying-for-turkey/a-59374615>.

Deutscher Bundestag. (2015). *Konsequenzen aus dem Fall Mansour für die deutsche Auslieferungspraxis* (Drucksache 18/6926). Abgerufen von <https://dserver.bundestag.de/btd/18/071/1807132.pdf>.

Deutscher Bundestag. (2017a). *Haltung der Bundesregierung zu Vorwürfen der türkischen Regierung gegenüber der Gülen-Bewegung* (Drucksache 18/12498). Abgerufen von <https://dserver.bundestag.de/btd/18/124/1812498.pdf>.

Deutscher Bundestag. (2017b). *Interpol und der Fall Doğan Akhanlı* (Drucksache 18/13652). Abgerufen von <https://dserver.bundestag.de/btd/18/136/1813652.pdf>.

Deutscher Bundestag. (2018). *Entführung des vietnamesischen Staatsangehörigen Trinh Xuân Thanh aus Berlin* (Drucksache 19/4120). Abgerufen von <https://dserver.bundestag.de/btd/19/047/1904747.pdf>.

Deutscher Bundestag. (2019). *Rechtliche Erwägungen zur App 'EGM Mobil'. Wissenschaftliche Dienste.* Abgerufen von <https://www.bundestag.de/resource/blob/648946/231017c93eb032926b226765b0073d5e/WD-10-001-19-pdf-data.pdf>.

Deutscher Bundestag. (2020). *Einfluss der ägyptischen Geheimdienste auf in Deutschland lebende ägyptische Staatsbürger* (Drucksache 19/23076). Abgerufen von <https://dserver.bundestag.de/btd/19/230/1923076.pdf>.

Deutscher Bundestag. (2021). *Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen in Deutschland* (Drucksache 19/32162). Abgerufen von <https://dserver.bundestag.de/btd/19/325/1932565.pdf>.

Deutscher Bundestag. (2024). *Transnationale Repression gegenüber ausländischen Staatsbürgern in Deutschland* (Drucksache 20/11244). Abgerufen von <https://dserver.bundestag.de/btd/20/115/2011508.pdf>.

Dukalskis, A. (2021). *Die Welt sicher machen für die Diktatur* (Originaltitel auf Englisch). Oxford University Press.

El-Hitami, H. (2020, December 28). *Koblenz: Prozess gegen syrische Kriegsverbrecher bringt Familien der Opfer in Gefahr.* Der Spiegel. Abgerufen von <https://www.spiegel.de/ausland/koblenz-prozess-gegen-syrische-kriegsverbrecher-bringt-familien-der-opfer-in-gefahr-a-00000000-0002-0001-0000-000174629128>.

Erb, S., & Schmidt, C. (2018, July 21). *Entführter Vietnamese Trinh Xuan Thanh: Liebesgrüße aus Hanoi.* Die Tageszeitung: taz. Abgerufen von <https://taz.de/!5518571>.

European Parliament. (2020). *Ausländische Einflussnahme auf demokratische Prozesse in der Europäischen Union* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0064_EN.pdf.

European Parliament. (2022). *Chinesische Regierung unterdrückt friedliche Proteste in der Volksrepublik China* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0445_EN.html.

European Parliament. (2023a). *Ausländische Einflussnahme auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0219_EN.pdf.

European Parliament. (2023b). *Die EU-Leitlinien für Menschenrechtsverteidiger* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0086_EN.pdf.

European Parliament. (2024). *Irans beispielloser Angriff auf Israel, die Notwendigkeit der Deeskalation und eine EU-Antwort* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0382_EN.html.

FBI (undated). *Was wir untersuchen: Transnationale Repression* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.fbi.gov/investigate/counterintelligence/transnational-repression>.

Freedom House. (2023). *Deklaration von Prinzipien zur Bekämpfung transnationaler Repression* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://freedomhouse.org/2023/summit-for-democracy-transnational-repression>.

Freedom House. (2024a). *Freiheit in der Welt 2024* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von https://freedomhouse.org/sites/default/files/2024-02/FIW_2024_DigitalBooklet.pdf.

Freedom House. (2024b). *TNR Watch: Interpol im Fokus* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://freedomhouse.org/article/tnr-watch-interpol-notice>.

Furstenberg, S. & Michaelsen, M. (2021). *Wie Europa autoritären Regimen hilft, Repression zu exportieren* (Originaltitel auf Englisch). openDemocracy. Abgerufen von <https://www.opendemocracy.net/en/odr/how-europe-helps-authoritarian-regimes-export-repression>.

Furstenberg, S. & Moss, D. (Eds.). (2024). *Transnationale Repression im Zeitalter der Globalisierung* (Originaltitel auf Englisch). Edinburgh University Press.

Gorokhovskaia, Y. & Linzer, I. (2022a). *Unsicher in Amerika: Transnationale Repression in den Vereinigten Staaten* (Originaltitel auf Englisch). Freedom House. Abgerufen von <https://freedomhouse.org/report/transnational-repression/united-states>.

Gorokhovskaia, Y. & Linzer, I. (2022b, June 24). *Der lange Arm des Autoritarismus* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.foreignaffairs.com/articles/world/2022-06-02/long-arm-authoritarianism>.

Gorokhovskaia, Y., Schenkan, N. & Vaughan, G. (2023). *Noch immer nicht sicher: Transnationale Repression im Jahr 2022 (S. 1–10)* (Originaltitel auf Englisch). Freedom House. Abgerufen von https://freedomhouse.org/sites/default/files/2023-04/FH_TransnationalRepression2023_0.pdf.

Gorokhovskaia, Y. & Vaughan, G. (2024). *Transnationale Repression auf US-Universitätscampus bekämpfen* (Originaltitel auf Englisch). Freedom House. Abgerufen von https://freedomhouse.org/sites/default/files/2024-01/TNR_UniversityReport_2024.pdf.

Haider, I. (2018). Österreichisches Recht als sicherer Hafen für ausländische Spione? Eine Analyse am Beispiel des jüngsten Phänomens der „Botschaftsspionage“ (Originaltitel auf Englisch). *European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice*, 26(3), 201–221. <https://doi.org/10.1163/15718174-02603002>.

Human Rights Watch. (2017). „Das sind die Verbrechen, vor denen wir fliehen“: Gerechtigkeit für Syrien vor schwedischen und deutschen Gerichten (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.hrw.org/report/2017/10/03/these-are-crimes-we-are-fleeing/justice-syria-swedish-and-german-courts>.

Jardine, B. & Hall, N. (2021). „Deine Familie wird leiden“: Wie China Uiguren in liberalen Demokratien hackt, überwacht und einschüchtert (Originaltitel auf Englisch). Uyghur Human Rights Project (UHRP) / Oxus Society for Central Asian Affairs. Abgerufen von <https://uhrp.org/report/your-family-will-suffer-how-china-is-hacking-surveilling-and-intimidating-uyghurs-in-liberal-democracies/>.

Koalitionsvertrag. (2021). *Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit*. Abgerufen von https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-11/Koalitionsvertrag%202021-2025_0.pdf.

Lemon, E., Jardine, B., & Hall, N. (2022). *Globalisierung der Verfolgung von Minderheiten: Chinas transnationale Repression der Uiguren* (Originaltitel auf Englisch). Globalizations, <https://doi.org/10.1080/14747731.2022.2135944>.

Lessa, F. (2022). *Die Condor-Prozesse: Transnationale Repression und Menschenrechte in Südamerika* (Originaltitel auf Englisch). Yale University Press.

Michaelsen, M. (2020). *Grenzüberschreitendes Schweigen: Transnationale Repression und digitale Bedrohungen gegen exilierte Aktivisten aus Ägypten, Syrien und Iran* (Originaltitel auf Englisch). HIVOS. Abgerufen von <https://www.hivos.org/assets/2020/02/SILENCING-ACROSS-BORDERS-Marcus-Michaelsen-Hivos-Report.pdf>.

Michaelsen, M. & Ruijgrok, K. (2024). *Die weite Reichweite der Autokratie: Einflussfaktoren des Aufnahmelandes auf transnationale Repression* (Originaltitel auf Englisch). *Democratization*, 31(2), 290–314. <https://doi.org/10.1080/13510347.2023.2267448>.

Milanovic, M. (2020). *Der Mord an Jamal Khashoggi: Immunitäten, Unverletzlichkeit und das Menschenrecht auf Leben* (Originaltitel auf Englisch). *Human Rights Law Review*, 20(1), 1–49. <https://doi.org/10.1093/hrlr/ngaa007>.

Miller, G., Mekhennet, S. & Brown, C. (2024, September 12). *Iran wendet sich an Hells Angels und andere kriminelle Banden, um Kritiker ins Visier zu nehmen* (Originaltitel auf Englisch). *Washington Post*. Abgerufen von <https://www.washingtonpost.com/world/2024/09/12/iran-criminal-gangs-target-dissidents/>.

Moss, D. M., Michaelsen, M. & Kennedy, G. (2022). *Angriffe auf die Familie: Transnationale Repression und die Bestrafung durch Stellvertreter in Nahost-Diasporas* (Originaltitel auf Englisch). *Global Networks*, 22(4), 735–751. <https://doi.org/10.1111/glob.12372>.

Pekárek, H., & Wegner, K. (2018). „Mythos Interpol“ und sein Missbrauch durch autoritäre Regime. *Verfassungsblog*. <https://doi.org/10.17176/20181026-150525-0>.

Peltier, E. & Fassihi, F. (2020, December 12). „Iran exekutiert Dissidenten, der beschuldigt wird, Proteste angefacht zu haben“ (Originaltitel auf Englisch). *The New York Times*. Abgerufen von <https://www.nytimes.com/2020/12/12/world/europe/iran-execution-Ruhollah-Zam.html>.

Reporters Without Borders. (2024). „Pass auf, wir kommen nach dir“: Ein RSF-Bericht über die beispiellose transnationale Repression iranischer Journalistinnen im Vereinigten Königreich* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von https://rsf.org/sites/default/files/medias/file/2024/04/Rapport%20Iran%20V6%20Web_2.pdf.

Safeguard Defenders. (2022). „110 Overseas“ – Chinas transnationale Polizeimethoden außer Kontrolle (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://safeguarddefenders.com/en/110-overseas>.

Schenkan, N. & Linzer, I. (2021). *Out of Sight, Not Out of Reach* (Originaltitel auf Englisch). Freedom House. Abgerufen von <https://freedomhouse.org/report/transnational-repression>.

Schenkan, N., Linzer, I., Furstenberg, S. & Heathershaw, J. (2020). *Perspektiven auf „alltägliche“ transnationale Repression im Zeitalter der Globalisierung*. Freedom House, *Special Report* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://freedomhouse.org/report/special-report/2020/perspectives-everyday-transnational-repression-age-globalization>.

Schenkan, N., Linzer, I. & Wilcox Boyajian, A. (2021, March 3). *Das „Khashoggi-Verbot“ und seine Bedeutung* (Originaltitel auf Englisch). *Just Security*. Abgerufen von <https://www.justsecurity.org/75117/the-khashoggi-ban-and-what-it-does-and-doesnt-mean/>.

Shain, Y. (1989). *Die Grenze der Loyalität: Politische Exilanten im Zeitalter des Nationalstaats*. University of Michigan Press (Originaltitel auf Englisch).

Stewart, P. (2021, February 26). *Die USA verhängen Sanktionen und Visa-Verbote gegen Saudis wegen der Ermordung des Journalisten Khashoggi* (Originaltitel auf Englisch). Reuters. Abgerufen von <https://www.reuters.com/article/world/us-imposes-sanctions-visa-bans-on-saudis-for-journalist-khashoggis-killing-idUSKBN2AQ2QI/>.

Stop Transnational Repression Act. (2022). *Eingereicht von Rep. Adam B. Schiff, 117. Kongress* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/house-bill/9460/text>.

Transnational Repression Policy Act. (2023). *Eingereicht von Senator Jeff Merkley, 118. Kongress* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.congress.gov/bill/118th-congress/senate-bill/831/text>.

Tibet Initiative Deutschland. (2024, August 12). *Gegen Einschüchterung und Bedrohung: 11 Organisationen gründen „Koalition gegen transnationale Repression in Deutschland“*. Abgerufen von <https://www.tibet-initiative.de/gegen-einschuechterung-und-bedrohung-11-organisationen-gruenden-koalition-gegen-transnationale-repression-in-deutschland/>.

U. S. Government Accountability Office. (2023). *Menschenrechte: Maßnahmen der Behörden zur Bekämpfung der Belästigung von Dissidenten und anderer Taktiken transnationaler Repression in den USA*. Abgerufen von <https://www.gao.gov/products/gao-24-106183>.

United States Department of Justice. (2023, April 17). *40 Beamte der chinesischen Nationalpolizei wegen transnationaler Repressionsschemata gegen US-Bürger angeklagt* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.justice.gov/opa/pr/40-officers-china-s-national-police-charged-transnational-repression-schemes-targeting-us>.

United States Department of State. (2022). *Förderung der Rechenschaftspflicht für transnationale Repression belarussischer Athleten im Ausland* (Originaltitel auf Englisch). Abgerufen von <https://www.state.gov/promoting-accountability-for-transnational-repression-of-belarusian-athletes-abroad/>.

10. Über den Autor

Dr. Marcus Michaelsen

Marcus Michaelsen ist unabhängiger Wissenschaftler und Berater mit Expertise am Schnittpunkt von digitalen Technologien, Menschenrechtsaktivismus und autoritärer Politik. Derzeit arbeitet er als Senior Researcher am Citizen Lab, das an der Munk School of Global Affairs and Public Policy der Universität Toronto angesiedelt ist. Dort forscht er zu digitaler transnationaler Repression. Zuvor war er Marie-Skłodowska-Curie-Fellow in der Forschungsgruppe „Law, Science, Technology and Society“ (LSTS) der Vrije Universiteit Brussel sowie Senior Information Controls Fellow beim Open Technology Fund. Von 2014 bis 2018 war Dr. Michaelsen Postdoktorand im Projekt „Authoritarianism in a Global Age“ am Institut für Politikwissenschaft der Universität Amsterdam. Seine Arbeiten zu transnationaler Repression wurden unter anderem in *Democratization*, dem *European Journal of International Security* und *Surveillance & Society* veröffentlicht. Dieses Grundsatzpapier wurde nicht in seiner Funktion als Forscher des Citizen Lab verfasst.

